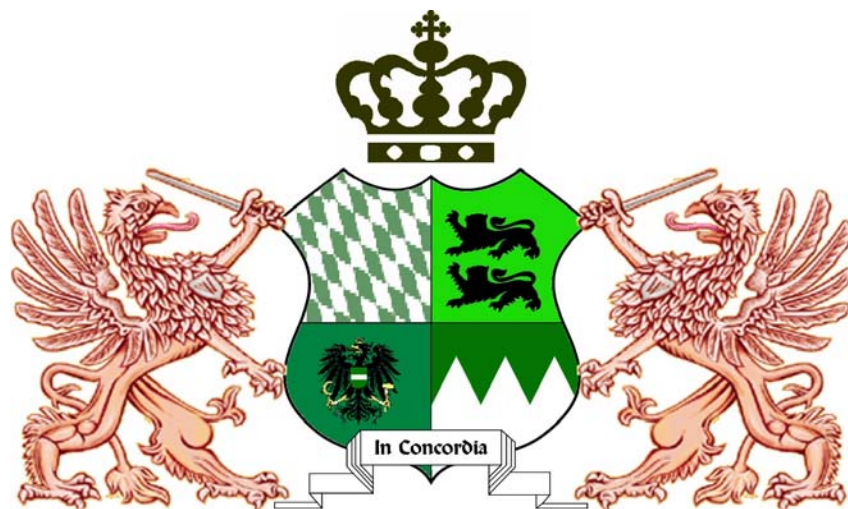


Chronica Rodaniae

Rodanische Landesgeschichte im Überblick



Oldstyle Verlagsgruppe
– Bad Zwieblingen –
2005

Hrsg. Dr. Inga van Mauritz

Chronica Rodaniae

Rodanische Landesgeschichte im Überblick



Frühzeit

Die ersten Spuren von Siedlungen in Rodanien reichen zurück bis in das zweite Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. Damals drangen von Süden her die Rudhener in die Gegend von Greenoble ein. Man vermutet, daß diese ein verwandter Stamm der Freisteiner waren. Die Rudhener trennten sich vermutlich von diesen, da die kargen Böden wenig Nahrung boten. Sie gründeten unweit der heutigen Landeshauptstadt die Siedlung Grunswald. Eine zunächst primitive Holzhütten-siedlung, die nach und nach beträchtlich wuchs. Als Handelszentrum konnte sich Grunswald bald etablieren, da auf Grund von durchziehenden Völkern die unterschiedlichsten Waren hier ihren Besitzer wechselten.

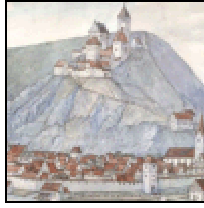
Einer dieser durchziehenden Stämme, die Zwiebinge, drang von Nordosten her in das heutige Rodanien ein. Ihre Herkunft ist relativ ungewiß. Man kann annehmen, daß diese aus dem hohen Nordosten des Nordkontinentes stammten. Auch müssen sie zwischenzeitlich im Kontakt zu den Caledoniern gestanden haben. Die Zwiebinge erkannten schon früh die heilende Wirkung der Quellen um das heutige Bad Zwieblingen und gründeten dort erste befestigte Dörfer, mit der Zwieblingsburg als zentralen Stützpunkt.

Sowohl in Grunswald, als auch in Zwieblingsburg, residierten die, von den Freien der Stämme gewählten, Stammesherrzöge. Das die Rudhener mit den Zwiebingern in regen Kontakt standen ist gesichert. Im Jahre 230 erwähnt ein zwiebinger Chronist: „*Zum zweyten Mal in diesm Jahre zogen marodierende Krieger der Rudhener durch unserer Land. Doch durch unser Kraft un Stärke konnten diese bald zurückgedrängt werden*“. Jedoch werden auch friedliche Kontakte gepflegt. Im Marktbuch zu Grunswald wird 432 verzeichnet: „*...darum hat Seine Hoheit verfüget, daß den Händlern, welche zu Cepapolensis (Zwieblingsburg) wohnhaft sind, auf den hiesigen Märkten und in den hiesigen Städten von den Abgaben und Zöllen befreit sind, für die Dauer ihres Aufenthaltes*“.

Im Stammesgebiet der Rudhener wurden die Städte und Dörfer Breising, Grausing, Erdingsberg, Heuemarkt, Hemmingen und Günzenhofen gegründet. Die Zwiebinge befestigten die Stadt Aurelienburg und begründeten an einer ehemaligen Kultstädte die Stadt Isabrunn.

Frühe „Einigungsversuche“ aller in Rodanien ansässigen Stämme scheiterten im Jahre 511, als Stammesherrzog Chludewig der Fröhliche (Grunswalde/Greenoble) versuchte seinen Sohn Theobald mit Friedegunde der Tochter des zwiebinger Stammesherrzogs Balthasar dem Kühnen zu verheiraten. Die Ehe der beiden blieb kinderlos, so daß Theobald Friedegunde verstieß. Damit war der Grundstock für die spätere Teilung des Landes gelegt. Erst viele Jahrhunderte später, sollte es zu einem einheitlichen rodanischen Staate kommen.

Über die vorzeitlichen Kulturen ist noch nicht allzuviel bekannt. Fest steht, daß beides heidnische Stämme waren, die lokale Gottheiten verehrten (Isabrunn, Grunshain). Jedoch bereits seit dem ersten Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung waren die Stämme weitestgehend christianisiert.



Frühes Mittelalter

Lange jedoch konnten sich die Stammesherrzöge nicht behaupten. Hüben wie drüben setzte ungefähr seit dem Jahre 540 ein Auseinanderstreben der Stammesangehörigen ein. Die einzelnen Dorfgemeinschaften konnten einige Rechte und Verwaltungsaufgaben den Stammesherrzögen abnehmen. Durch die damals noch schlecht ausgeprägte Infrastruktur konnte sich ebenfalls keine zentrale Macht festigen. Entscheidungen wurden in den Dorfräten getroffen, die ab dem Jahre 550 Grafen an die Spitze ihrer Gemeinschaften wählten, welche wiederum die de jure Oberhoheit der Stammesherrzöge anerkannten. In Wirklichkeit jedoch, waren die Grafen und Dorfräte die Entscheidungsträger der damaligen Zeit.

Das Fehlen einer starken Macht begünstigte nicht nur die Selbstständigkeit der Dorfgemeinschaften, sondern förderte anarchische Zustände innerhalb der Stammesgebiete. Einzelne Dörfer schickten Räuberbanden durch die Lande, welche im Auftrag der Grafen andere Ortschaften plünderten und Bauern überfielen. Die Breisinger Chronik vermerkt 693: *„Im Jahre des Herrn 693. Amen. In den Erntemonaten fielen erneut garstige Banden räuberischen Gesindels über die unsrigen Felder und Äcker her. Mordeten redliche Bauersleut, schändeten unsere Frauen und brandschatzten. Daraufhin schickte unser durchlauchtigster Graf Eckehart eine Truppe tapferer Kämpen gen Heuermarkt, um diese Frevel zu sühnen“*. Man darf annehmen, daß die „tapferen Kämpen“ dann auch nichts anderes taten, als plündernd durch die Gegend zu ziehen.

Um sich gegen diese marodierenden Banden zu schützen, rückte man nicht nur in den Dorfgemeinschaften enger zusammen. Benachbarte Dörfer und Grafschaften schlossen sich zu Schutzbünden zusammen. Dabei waren diese Bündnisse eher Zweckbündnisse denn wahre Allianzen. Und so kam es, daß manche Dörfer des öfteren die Bünde wechselten, falls sie sich dadurch einen Vorteil sichern konnten. Die größten Bünde der Zeit waren der Aureliche Bund im Stammesherrzogtum Zwieblingsen und der Grunswalder Bund im Stammesherrzogtum Rudhenien.

Das alles änderte jedoch wenig an dem Chaos im Lande. denn waren es vorher die Dörfer, die sich gegenseitig das Leben schwer machten, waren es nun die Schutzbünde welche in direkter Konkurrenz zu einander standen. Der Abt des Klosters Grausing schreibt in einem Brief an den Fürstbischof nach Grunswald: *„Oh welches Leid bringt diese Zeit über unser Land. Noch stärker bedarf es nun der kirchlichen Fürsprache. Wenn Ihre bischöfliche Gnaden nur dafür sorgen könnten, daß unser Kloster nicht darunter leiden könnte“*.

Nachdem nun also über mehrere Jahrzehnte die einzelnen Dörfer und Schutzbündnisse in wechselnden Beziehungen zu einander standen, bildeten sich seit dem Jahrtausendwende doch festeren Grenzen heraus. Es entstanden feste Grafschaften, die nun nicht mehr nur auf wenige Dörfer beschränkt waren. Mittlerweile war auch die Macht der Stammesherrzöge soweit zurückgegangen, daß man seit 1134 nicht mehr von Stammesherrzogtümern sprechen kann. Die vormaligen herzoglichen Geschlechter, bzw. Nebenlinien dieser bildeten zwar den Fürstenstand, den höheren Adel, hatten aber weiter keinen Einfluß mehr.

In dieser Zeit gab es nur noch eine feste Größe im Land – die Kirche. Seit etwa 922 war in Rodanien eine feste Landeskirche installiert. In Zwieblingsburg residierte der Erzbischof, welchem die Bischöfe in Grunswald und Grünstadt unterstanden. Diese standen gleichzeitig im Range eines Fürsten. Die Bistümer gliederten sich wiederum in die lokalen Diozösen und Pfarreien.

Zum Ende diese Epoche hin setzte zunehmend die Kolonisation der noch nicht erschlossenen Landesteile ein. Gründungen dieser Zeit sind Amft, Bergisch Greuth, Alt-Rolfsburg (als Rolfsburg), Zweibruckwörth und Rodanischreuth (als Reuth). Die Bauern die dort angesiedelt wurden bekamen teilweise besondere Rechte, so das viele dieses Angebot annahmen, und die Gründung von Dörfern und Weihlern deutlich anstieg.



Spätes Mittelalter

Im ausklingenden Mittelalter war das Land also von einem Flickenteppich kleiner und größerer Grafschaften und Fürstentümer überzogen. Doch gerade in dieser Zeit, in der die einzelnen Kleinstaaten untereinander konkurrierten und versuchten sich gegenseitig zu übertrumpfen erlebte das Land eine merkliche Verbesserung der Lebensqualität der Menschen. Zwar bildete sich nach und nach ein Feudalsystem heraus, und viele der Bauern und verarmten Adeligen gerieten mehr und mehr in die Abhängigkeit von Großgrundbesitzern, dennoch waren diese „Unfreien“ nicht in ihrer Existenz bedroht. Schon früh hatte man erkannt, daß eine soziale Absicherung der Bürger für deren Vermehrung und damit zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Erzeugnisse, und der Vermehrung der Staatsfinanzen sorgte. Auch wurde nun ein fester Kriegsdienst für die zweitgeborenen Söhne eingeführt – unabhängig ob Bauernsohn, oder Fürstensproß.

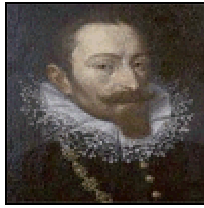
Trotz aller Neuerungen dieser Zeit waren viele Adelige, auch die Grafen, meist „bessere Bauern“, die ebenfalls von der Landwirtschaft lebten. Zwar konnten sie durch die Abgaben ihrer Untertanen einen gewissen Reichtum ansapren, doch dieser reichte selten um größere Investitionen durchzuführen. Der Stadtchronist der Stadt Hemmingen schreibt 1238: *„Nach dem gestrengen Winter hat Ihre Fürstliche Durchlaucht angewiesen, daß dessen getreuen Untertanen zu Hemmingen und den dazugehörigen Orten und Märkten schnellsten damit beginnen sollen, Holz zu fahren, um Dero fürstliche Durchlaucht Dach zu erneuern. Von den Bürgern der Stadt erwartet der Fürst die Bereitstellung von Knechten“*. Daran läßt sich leicht ableiten, daß der Fürst selbst nicht über die notwendigen Mittel verfügt, sondern diese sich erst bei seinen Untertanen besorgen muß.

Einige Städte jedoch konnte durch die Intensivierung des Handels mit anderen Städten und Grafschaften Geld, Rechte und Besitzungen ansammeln. Fürst Ludowig II. verlegte die Stadt Grunswald in das nahe gelegene Flußtal um so den Schiffsverkehr besser kontrollieren zu können und den Fluß als Handelsstraße nutzen zu können. Das heutige Grenoble war gegründet. Die neue Stadt wuchs rasch, und so konnte Fürst Ludowig II. einige kleinere Grafschaften in seine Abhängigkeit bringen. Durch diese gestärkt begann er eine große Expansionspolitik und erklärte sich schließlich zum Herzog von Grenoble. Durch die Erhebung von Zöllen auf alle Waren die auf dem Fluß transportiert wurden, konnte er weitere Mittel requirieren um seine Macht zu stärken.

Eine andere Entwicklung, aber mit dem gleichen Ergebnis gab es im Norden des Landes. Hier, in dem prinzipiell dünner besiedelten Landstrichen erkannten die lokalen Grafen und Fürsten, das Erstarken der greenobler Fürsten. Aus diesem Grund versammelten sie sich in Aurelienburg, Zentrum des ehemaligen Schutzbundes, und wählten den Fürsten von Zwieblingsburg zum Herzog. *„[...] kamen daher im Mayen diesen Jahres die Grafen von Trenneberg, von Schleytz, von Greuth und Wörth, die Herren von Ebersberg und Trietsch, der Fürstbischof von Zwieblingen und der Fürst auf der Zwieblingsburg, sowie die Gräfin bei Tobel in der alten Festung zu Aurelienburg zusammen. Daraufhin erwählten sie den Fürsten Julius I. von der Zwieblingsburg zum Herzog und Schützer der zwieblingler Landesteile“*, so ein zeitgenössischer Augenzeuge.

Mittlerweile schreiben wir das Jahr 1340, in Grenoble und Zwieblingen haben sich zwei neue Herzogtümer etabliert. Lediglich in Grünstadt konnte sich Graf Freiserich V. gegen die aggressive Politik der greenobler Herren wehren. Die Grafschaft hatte bereits 1278 damit begonnen durch geschickte Heiratspolitik die umliegenden Dörfer, Städte und Herrschaften an sich zu binden und einzuverleiben. Durch das „Statuto Grünstadtia fundamentale“ erließ Graf Freiserich VII. im Jahre 1367 die erste „Verfassung“ in den rodanischen Landen.

Die drei, nun gefestigten, Länder konnten erstmals die Wirren der Zeit beenden und so die Grundlage für ein organisiertes Staatsgebilde schaffen. Durch die technischen Fortschritte und die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zu anderen Ländern waren die ersten in das neuzeitliche Zeitalter getan.



Neuzeit

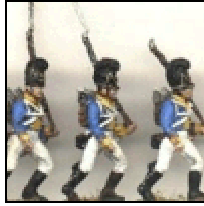
Die nun entstandenen Staaten förderten die Wissenschaft und die Künste, so daß ein sich ein allgemeiner gesellschaftlicher Aufstieg vollzog. Getrübt wurde dies jedoch durch eine große Hungernot im Jahre 1411, als den Bauern die komplette Ernte verregnete. Besonders hart wurde die Grafschaft Grünstadt getroffen, da diese auf Grund der geographischen Beschaffenheit noch weniger Vorräte hatte anlegen können. Graf Freiserich VII. ließ 1412 verlautbaren: „*Eyn jeder, ob Manne oder Weibe, soll sparsam mit Essen und Geld umgehen um Schaden nicht nur von sich selbst, sondern auch von Unser ganzen Lande abzuwenden. Daher sey geboten, die Schlachtung von Vieh der gräflichen Aufsicht zu unterstellen. Wer daher schlachte, ob Schwein, Kuh oder Ochs' ohn die dafür nötigen Documente und Papiere kann vorweysen, wird gehanget mit dem Strang*“. Und das er dies durchaus ernst meinte, beweisen die zahlreichen Prozesse gegen solche Scharzschlächter.

Durch seine exponierte Lage konnte sich das Herzogtum Grenoble jedoch wieder rasch erholen und zu alter Blüte aufsteigen. Dies nutzte Herzog Ludowig IV. und erklärte 1444 den Grafen von Grünstadt den Krieg. Graf Freiserich IX. rüstet daher zum Kampf, im Wissen dem Kontrahenten absolut unterlegen zu sein, und führte seinen Truppen in die Schlacht. Es kam dann zur Schlacht bei Rofsburg. Laut einer historischen Quelle erschien Graf Freiserich im Schlaf die Heilige Jungfrau und sagte ihm ihre Hilfe zu, wenn dieser dafür ihr eine Basilika bauen würde. Freiserich ging diesen Handel ein, und besiegte Ludowig IV. Doch Graf Freiserich konnte sich des Sieges nicht freuen, da er nach der Schlacht im Trunk von Pferd stürzte und starb. Sein Sohn Freiserich X. übernahm die Heerführung und setzte den geschlagenen Truppen nach. Doch auch er hatte eine Marienerscheinung, die ihm sagte, er solle umkehren. Diese Warnung mißachtend griff er Ludowig an und unterlag erwartungsgemäß. Ludowig IV. ritt nun nach Grünstadt ließ den Grafen öffentlich hinrichten und verleihte die Grafschaft in sein Herzogtum ein.

Die Herzöge in Zwieblingen lebten in einer ständigen Furcht vor der Expansionspolitik der Greenobler, und so betrieben diese eine defensive Verteidigungspolitik. Die Anlegung von Wallanlagen und Forschungen im Bereich der Kriegstechnik und Waffenkunde bestimmte die Wissenschaftler in dieser Zeit. Um das Heer versorgen zu können, mußte die Infrastruktur an einen etwaigen Krieg angepaßt und effektiviert werden. Die Erkenntnisse daraus führten auch hier zu wirtschaftlichen Aufschwung und Prosperität. 1567 nimmt Herzog Waldemar III. Glaubensflüchtlinge aus dem heutigen PFKanien auf, die mit ihren Kenntnissen die wissenschaftliche Arbeit bereichern. Diese Flüchtlinge werden hauptsächlich in Fürnberg angesiedelt und in Reuth, welches sich dann in Rodanischreuth und PFKanischreuth teilt.

Weder Herzog Ludowig IV., noch seine Nachfolger Ludowig V. – VII. dachten jedoch daran eine direkte Auseinandersetzung mit den Zwieblingern zu suchen. Die beiden Staaten pflegten das Primat der friedlichen Koexistenz zur Wahrung des eigenen Wohlstandes und Besitzeswahrung. Und so ist es nicht verwunderlich, daß Herzog Ludowig VIII. und Herzog Julius II. im Jahre 1645 den Frieden von Breising schlossen. Im Vertrag heißt es: „*Wir, die von Gottes Gnaden rodanischen Herzöge in Grenoble und Zwieblingen, schließen den folgenden Contract zur Wahrung des ewiglichen Friedens zwischen unseren Ländern. Es sey vereinbart, daß weder die eynen noch die anderen, mit kriegerischen und feindseligen Actionen gegen den jeweils anderen vorgehen. Auch stellen wir fest, daß zum Herzogthum Grenoble gehört: Das Gebiet der Stadt Grenoble, die ehem. Grafschaft Gruenstadt, und sämtliches Land dazwischen bis zur rodonschen Ebene. Dort beginnet das Herzogthum Zwieblingen, welches von dort an reicht zu den Grenzen der rodanischen Stämme im Norden. Es umfasset sämtliche Länder dazwischen. Diese Grenzen seyen wie der Friede ewiglich und unveränderlich*“.

An dem Vertragstext erkennt man, daß beide Länder sich als Teil einer rodanischen Nation sehen, welche sich eben in die beiden Herzogtümer gliedert. Zwar ist man von einer Einheit, einem gemeinsamen Rodanien noch weit entfernt, der Gedanke einer gemeinsamen Nation besteht jedoch bereits.



Vereintes Rodanien

Was dann folgte war eine Zeit der Stagnation und Lethargie. Da beide Länder sich keinen außenpolitischen Gefahren bewußt waren, begannen die führenden Klasse damit ihren Reichtum zu vergrößern, und der Dekadenz zu verfallen.

Durch diese „sich-gehen-lassen“ wurde die allgemeine Hygiene in Mitleidenschaft gezogen. Die Folge waren Krankheiten und Seuchen, die hauptsächlich die ärmeren Schichten der Bevölkerung traf, da diese in den Städten dicht an dicht wohnten. Um 1740 erreichte diese Phase der Dekadenz und der Seuchen einen Höhepunkt. Herzog Ludowig X. ließ daraufhin sämtlichen Luxus verbieten und griff mit harten Disziplinierungsmaßnahmen durch. Diese führten schon rasch zu dem gewünschten Erfolg und die Krankheiten wurden eingedämmt. In Zwieblingen hatte sich jedoch eine starke Adelsschicht gebildet, die sich den Bemühungen ihres Herzogs, es seinem Kollegen in Greenoble gleichzutun, widersetzte. Zwar konnte hier auch nach und nach die Seuchengefahr eingedämmt werden, doch die allgemeine Unzufriedenheit gegenüber dem Adel wuchs besonders in bürgerlichen Kreisen. Diese neue Oberschicht lebte sittenstreng, bescheiden, brav und grenzte sich damit besonders von jenen adeligen Kreisen ab.

1777 kam es zu einem Zwischenfall in Isabrunn. Während die versammelten Adeligen dort im Zuge eine frührodanisch-kultischen Renaissance einem Maifest frönten besetzte der bürgerliche Stadtrat sämtliche offiziellen Gebäude und zentralen Schaltstellen der Macht. Isabrunn erklärte sich zu „Freien Demokratisch-Bürgerlichen Republik“. Entsetzt darüber boten die Adeligen unter Carl Freiherr von Trietsch ein Heer auf, um die Revolution zu bekämpfen. Doch nun begannen die Bürger sich auch in anderen Städten gegen die Vorherrschaft des Adels zu erheben. Inzwischen war in Greenoble Herzog Luitpold I. an die Macht gekommen. Diese hielt nicht viel von der Friedenspolitik seiner Vorgänger, da er nur in einem geeinten, unter greenobler Führung stehendem, Rodanien eine Zukunft bescheinigte. Dieser sah die Revolution von Isabrunn als einen geeigneten Zeitpunkt an, sich die zwieblingler Besitzungen zuzueignen und unterstützte die Revolutionäre mit Waffen und Geld, sowie mit erfahrenen Offizieren. Dies wiederum führte jedoch zu eine Erhebung der Bauern und Arbeiter gegen die bürgerliche Schicht, da diese sich von den Bürgerlichen an die Greenobler verkauft fühlten. In dieser Konfusion ging Herzog Julius V. als Gewinner hervor. Er konnte mit Hilfe der bürgerlichen Revolutionäre die Macht des Adels beschneiden, im Gegenzug dazu mußten die Revolutionäre aber seine Oberhoheit anerkennen. Nachdem auch die Revolutionäre erkannt hatten, daß sie als Spielfiguren des greenobler Herzogs benutzt wurden, schlugen sie sich endgültig auf die Seite Herzog Julius, der dann den Greenoblern den Krieg erklärte und in deren Herzogtum einfiel.

Der 5-Jährige Krieg wird heute auch als Einigungskrieg bezeichnet. Nachdem man fünf Jahre lang miteinander gerungen hatte, und sich gegen Ende des Jahres 1782 noch immer keine Ende abzeichnete, kam es zu dem denkwürdigen Frieden von Aurelienburg. Die Herzöge Luitpold und Julius kamen darüber ein, daß ein gemeinsames, vereintes Rodanien überlebensfähiger sei, und zum Wohle aller wäre. Daraufhin wurde das Großherzogtum Rodanien proklamiert. Um keine Seite zu brüskieren, suchte man einen Großherzog, der von beiden Seiten akzeptiert wurde. Man fand diesen in Albrecht I., Albrecht war der Sohn eines Nachkommens des Grafen Freiserich X. und einer Schwester Herzog Luitpolds. Dieser war mit der Tochter Herzog Julius verheiratet und stand sinnbildlich für die rodanische Einigung.

Großherzog Albrecht setzte ein weiteres Zeichen der Einigung, da er auf freiem Feld die neue Hauptstadt Rodon bauen ließ. Diese am Zeichenbrett der damaligen Architekten sollte zwar nie die kulturelle Blüte von Greenoble oder Zwieblingen erreichen, etablierte sich aber bald als Sitz einer zentralen Verwaltungs- und Residenzstadt und wuchs zu einer „modernen“ Großstadt heran. Albrecht I. starb 1798 und sein Sohn Wilhelm II. übernahm die Regierungsgeschäfte. Unter ihm begann die Industrialisierung Rodaniens.



Die Goldenen Jahre

Dank des gewonnenen Frieden prosperierte das Land. Im Jahr 1803 wurde dann erstmals eine einheitliche Währung der „Rodanische Thaler“, der auf Grund seines Prägeortes „Rodon“ genannt wurde. Großherzog Wilhelm II. führte 1805 die allgemeine Schulpflicht ein, und erneuert die bereits 1613 gegründete „Universitas Rodaniae“. Damit wurde der Grundstein für den kulturellen und wissenschaftlichen Aufschwung gelegt.

Als Wilhelm II. am Heiligen Abend 1820 stirbt, droht die großherzogliche Linie zu erlöschen. Der unheilbar kranke Neffe Albrecht II. übernimmt die Regentschaft. Doch dank medizinischer Fortschritte wird an ihm 1827 die erste Herztransplantation vorgenommen. Großherzog Albrecht II. stirbt hochbetagt 1864. Seit 1840 zieht in Rodanien dann die Industrialisierung ein. Die erste Eisenbahn fährt von Zwieblingen über Rodon nach Grenoble das Land erreicht seinen wirtschaftlichen und kulturellen Höhepunkt dieser Zeit.

Der „Rodanische Merkur“ meldete anlässlich der Rodanischen Landesausstellung 1870: *„Es ist schon erstaunlich, was unsere Unternehmen in den letzten Jahren geleistet haben. Eine fernmündliche Kommunikation zwischen allen Städten unseren Landes ist dank der neuen Telegraphenleitungen möglich. Innerhalb von drei ½ Stunden fährt man nun mit den sogenannten Eisenbahnen von Grenoble in die Hauptstadt“.*

Eine Überraschung gelang 1935 Großherzog, Ludowig XI. Am frühen morgen des 10. Aprils dankte er ab und rief die „Rodanische Republik“ aus. In der ersten Wahl zum Präsidenten der Republik wurde sein Sohn Albrecht IV. gewählt. In der Bekanntmachung des großherzoglichen Palastes hieß es: *„Heute hat S.D. Großherzog Ludowig XI. entschieden, daß es zum Wohle Seines Volkes und dem ganzen Lande sei, die Staatsführung in die Hände derer zu legen, die in dieser Leben. Es sei nicht mehr zeitgemäß, daß ein einzelner die Geschicke eines Staates lenke. Darum legt er, die großherzogliche Krone in die Hand des Volkes, auf das dies sie würdig tragen mögen, und unser Land zu neuen Sphären führen“.*

Das rodanische Volk wählte als zweiten Präsidenten wieder einen Sproß aus der großherzoglichen Familie, so gut war das Verhältnis zu den ehemaligen Regenten. Doch dieser stolperte schon innerhalb der ersten Woche über die sogenannte „Schlüpfer-Affäre“ und wurde durch Luitpold Stramm abgelöst.

Die nachfolgenden Präsidenten führten das Land nach dem Prinzip der „ruhigen Hand“. Der Wohlstand des Landes wurde zwar nicht beeinträchtigt, doch nennenswerte Neuerungen blieben aus. Als dann auch noch Edmund von Rodanien zwanzig Jahre lang ununterbrochen das Präsidentenamt ausübte, wurden die Zeichen der Zeit nicht gesehen. Eine Rohstoffkrise lähmte zusätzlich das Schaffen. Lediglich in der Hauptstadt boomte die Wirtschaft. Nach mehreren Streiks der Arbeiter kündigte von Rodanien an, nicht mehr für das Amt zu Verfügung zu stehen.

1980 konnte sich in einem polarisierenden Wahlkampf die konservative Kandidatin Resi Vorderhofer durchsetzen. Sie suchte den Konflikt mit den Gewerkschaften und reformierte die angeschlagene Wirtschaft durch tiefgreifende Reformen, so daß diese wieder auf das Niveau vor der Rohstoffkrise gehoben werden konnte.

In dieser Zeit zersplitterte das Parteienspektrum. 1993 zählte man 50 Parteien im Land. Ihr Nachfolger Thomas Herrhausen befürwortete eine erneute Verfassungsreform, da die ständigen Parteienquerelen den Staat lähmten. Herrhausen wollte eine „gelenkte Demokratie“, dafür nahm er die Zusammenarbeit mit der neugegründeten rechtsautoritären „Pauling-Partei“ in Kauf, die sich letztendlich mit ihren Vorstellungen durchsetzte. Nachdem die Verfassung verabschiedet und die „Republik Rodanien“ ausgerufen wurde, trat Herrhausen zurück, da *„es mir nicht möglich ist, vor Gott, dem rodanischen Volke und mir, dieser „Verfassung“ zu dienen. Mögen diejenigen, die diese Suppe eingebrockt haben, diese auslöffeln“.*



Gestern

Am 26.05.2001 übernahm dann Werner Pauling die Macht in Rodanien. Als autoritärer und wenig geschickter Staatsmann lenkte er die Geschicke der jungen Republik. Als Befürworter und Unterstützer der Vieweger-Diktatur in PFKanien führte er Rodanien in die außenpolitische Isolation. Kräftiges Säbelrasseln in anderen Ländern trugen nicht zu einer Entspannung der Situation bei. Schließlich war Mitte 2001 sein Schicksal besiegelt. Die Rodanian Liberation Front (R.O.L.F.) eine oppositionelle Vereinigung baute solange innenpolitischen Druck auf, bis Präsident Werner Pauling die Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärte. Truppen der Regierung und die R.O.L.F. lieferten sich heftige Gefechte – der Bürgerkrieg eskalierte schließlich.

Ende Juli trat dann Werner Pauling von seinem Amt als Präsident und Senator zurück und ernannte in einer letzten Amtshandlung Hyronimus von Stratenburg zum Übergangspräsidenten. In den ersten freien Wahlen, bei denen auch Pauling antrat wurde Prof. Joseph O. Nehaar am 29.08.2001 schließlich zum rodanischen Präsidenten gewählt. In einer zeitgenössischen Nachricht heißt es: *„Unter der Aufsicht des pfkanischen Kanzlers von Stratenburg und des mombolischen Aussenministers Jan Buck haben heute in Rodanien die ersten freien, geheimen und gleichen Präsidentschaftswahlen begonnen.*

Fünf Kandidaten wetteifern um das höchste Amt im Staate, unter ihnen auch der ehemalige, selbst ernannte Präsident Pauling.

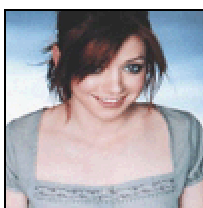
Seit die Special Forces in Rodanien gelandet sind, scheint bis auf vereinzelte Scharmützel zwischen Werkschutzbeauftragten und dubiosen Elitekämpfern der Volksbefreiungsbewegung R.O.L.F. die Lage im Lande stabil zu sein. [...] Durch die Übergangsverwaltung wurde Herrn Pauling zwischenzeitlich bis zum Ende der Wahlen Ausreiseverbot erteilt“.

Doch Rodanien lag am Boden. Der Bürgerkrieg hatte sichtbare Wunde hinterlassen. So waren nicht nur viele Städte zerstört, sondern auch viele Opfer in der Bevölkerung zu beklagen. Rodaniens Hauptstadt Rodon wurde durch den Krieg und die Bomben dem Erdboden gleich gemacht, dort wurde dann der heutige Loch Rodon angestaut – neue Hauptstadt wurde Greenoble.

Der neue Präsident baute mit tatkräftiger Unterstützung aus PFKanien, Mobolien und Vulcanien das Land wieder auf. Politisch gelang Nehaar bereits am 04.09.2001 der erste Erfolg. Allen Unkenrufen zum trotz, hatte er es geschafft, daß Rodanien als beobachtendes Mitglied in die UVNO aufgenommen wurde. Jedoch bemerkt eine Nachrichtenquelle: *„Bis Rodanien wieder komplett frei ist von fremden Truppen - wohlgemerkt sind ja immer noch ca. 1500 Spezialagenten der Special Forces in Rodon und Umgebung stationiert, und der Abzug der Befreiungsbewegung um R.O.L.F. ist auch noch nicht abgeschlossen -, bis Rodanien also komplett frei ist von fremden Truppen, wird es noch ein wenig dauern. Derzeit ist der neue Staatschef in PFKanien unterwegs in Sachen Neu- und Umgestaltung: im Rahmen einer Klausurtagung auf Burg Stratenburg bei Hainichen klären Präsident Messew, Präsident O. Nehaar und Kanzler von Stratenburg, inwieweit eine Schaffung einer Zweistaaten-Konföderation für beide Staaten Sinn macht, und welche Möglichkeiten der direkten und kurzfristigen Unterstützung für das gebeutelte Rodanien es gibt“.*

Nachdem bereits einige Tage zuvor das Sodarr'sche Imperium und die Republik PFKanien sich zur Bundesrepublik PFKanien zusammengeschlossen hatten, trat Rodanien am 28.11.2001 dem neugeschaffenen Staat als drittes Bundesland bei. Der Präsident Joseph O. Nehaar wurde der erste Ministerpräsident und regierte mit einer kurzen Unterbrechung (Peter Pan) bis April 2003.

Joseph O. Nehaar ernannte am 27.03.2003 Inga van Mauritz zur stellvertretenden Ministerpräsidentin. Bereits am 15.04.2003 wurde sie dann als neue Ministerpräsidentin in Rodanien gewählt, nachdem ihr Vorgänger vom Amt zurückgetreten war.



Heute

Bovigo meldete am 15. April: „Am gestrigen Abend ging die Wahl zum rodanischen Ministerpräsidenten zu Ende. Bei einer Wahlbeteiligung von 80% wurde Inga van Mauritz einstimmig zur neuen Ministerpräsidentin gewählt. Ebenfalls hatte Ronnie Reibach kandidiert, der aber während des Wahlkampfes seine Kandidatur zurückzog und dafür warb für Frau van Mauritz zu stimmen“. Die neue Ministerpräsidentin trat an mit den Vorsätzen Rodanien wieder zu alter Größe zurückzuführen. Die Amtszeit begann unter diesen Prämissen, sie berief in Greenoble eine Landesverfassungsgebende Versammlung ein, die eine neue Verfassung ausarbeitete, nachdem ihr Vorgänger weitestgehend durch Präsidialerlasse regierte. Jedoch zog sich van Mauritz bereits nach wenigen Monaten aus der aktiven Politik zurück. Dennoch blieb sie weiterhin im Amt.

Im Sommer 2004 griff die pfkanische Bundesregierung in die Belange der Länder ein. Siegfried Berninger wurde als Kommissar für die Länder eingesetzt und hatte alle Vollmachten im Bezug auf die Angelegenheiten der Bundesländer. Sein Verdienst war die Ausarbeitung einer neuen Landesverfassung und die Neuwahl der neuen Ministerpräsidenten, die nun Blauräte hießen. Die inzwischen wieder aktive Inga van Mauritz, wurde bei keinem Gegenkandidaten wieder ins Amt gewählt. Dazu bovigo: „Soeben haben die Bürger der pfkanischen Bundesländer darüber abgestimmt, wer die neuen Posten der Blauräte bekleiden soll und somit die Zukunft der Länder in den Händen hält. Rodanische Blaurätin wurde mit 100% der Stimmen die ehemalige Ministerpräsidentin des Landes, Inga van Mauritz (PFP)“.

Seit Anfang des Jahres 2005 wurde die Ausgestaltung des Landes wieder intensiviert. Durch die Schaffung des PFKanischen Bundes, durch eine Verfassungsnovelle, bekam das Land weitgehenden Handlungsspielraum in politischen Entscheidungen. Die „Berninger-Verfassung“ wurde reformiert und geändert. Auch wurden weitere Gesetze geschaffen, um der neuen Rolle im Bund gerecht zu werden. Nach der neuen Verfassung gibt es die folgenden Verfassungsorgane:

Der Blaurat: Der Blaurat wird von allen wahlberechtigten Rodaniern in einer demokratischen Wahl gewählt. Gemäß der rodanischen Landesverfassung bereitet der Blaurat die Landesgesetze vor und legt diese der Volksversammlung zur Abstimmung vor. Der Blaurat ist das Landesoberhaupt des Bundeslandes Rodanien. Desweiteren vertritt der Blaurat das Bundesland Rodanien in der pfkanischen Bundeskammer.

Die Volksversammlung

Die Volksversammlung setzt sich aus dem nach dem Wahlgesetz festgesetzten, wahlberechtigten Rodaniern zusammen.

Dabei ist jedermann stimmberechtigt, der seit mindestens zwei Wochen seinen Wohnsitz innerhalb des Bundeslandes Rodanien hat.

Aber auch Rodanier, die im Ausland leben, können hier aktiv an der Gesetzgebung mitwirken.

Der Landesobmann

Neben dem Blaurat vertritt der Landesobmann das Bundesland Rodanien in der pfkanischen Bundeskammer.

Der Landesobmann wird von allen wahlberechtigten Rodaniern gewählt. Und amtiert solange, wie der Blaurat im Amt ist.

Die Landeskammer

Die Landeskammer setzt sich aus den Bürgermeistern der rodanischen Städte zusammen.

Sie wählen die Grünräte der Landkreise und können die Abwahl des Blaurates beantragen.

Seit kurzem wurde auch ein Landegerichtshof berufen. In wie weit dieser sich etablieren wird, wird die Zukunft zeigen. Rodanien ist in jedem Fall im 21. Jahrhundert angekommen und mischt kräftig mit.

Rodaniens Staatsoberhäupter

Präsidenten der Republik

Albrecht IV.
(13.04.1935 – 22.01.1940)

Albrecht (V.) von Rodanien
(22.01.1940 – 29.01.1940)

Luitpold Stramm
(01.02.1940 – 04.05.1950)

Bartel Michelsberger
(11.05.1950 – 03.01.1957)

Richard Bruckenhuber
(06.01.1957 – 20.08.1960)

Edmund (II.) von Rodanien
(20.08.1960 – 14.01.1980)

Resi Vorderhofer
(08.03.1980 – 21.02.1990)

Thomas Herrhausen
(13.04.1990 – 22.05.2001)

Präsidenten

Werner Pauling
(26.05.2001 – 17.07.2001)

Prof. Joseph O. Nehaar
(29.08.2001 – 28.11.2001)

Ministerpräsidenten

Prof. Joseph O. Nehaar
(28.11.2001 – 10.11.2001)

Peter Pan
(10.11.2001 – 27.03.2002)

Prof. Joseph O. Nehaar
(27.03.2002 – 15.04.2003)

Inga van Mauritz
(15.04.2003 – 13.03.2004)

Kommissar (Bundesverwaltung)

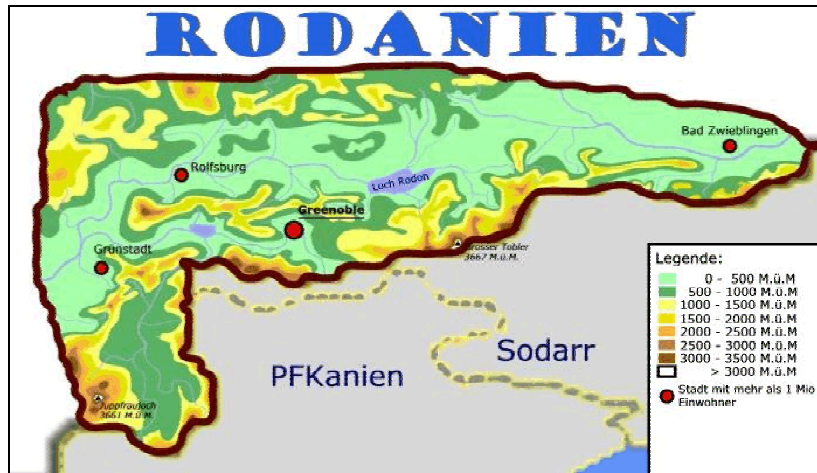
Siegfried Berninger
(13.03.2004 – 05.06.2004)

Bauräte

Inga van Mauritz
(seit 05.06.2004)

Kartenmaterial und Symbole

Karte des heutigen Rodaniens:



Karte Rodaniens bei Eintragung in die Gesamtkarte:



Flaggen Rodaniens:

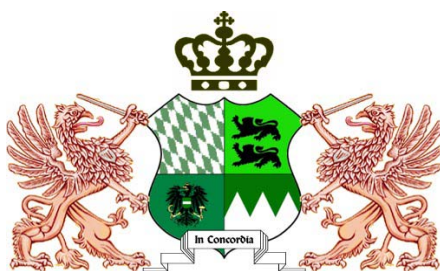


Flagge früher



Flagge heute

Wappen Rodaniens:



Großes Landeswappen



Kleines Landeswappen